

Personalstelle für nachhaltige Landnutzung, Stadt- und Regionalentwicklung, Wohnen-finance-relevant

Es wird eine volle, teilbare Personalstelle für nachhaltige Flächennutzung, Stadt- und Regionalentwicklung, Wohnen dauerhaft eingerichtet. Während der Existenz der TAG Wohnen und Umwelt wird die Stelle der TAG zuarbeiten.

Inhaltlicher Fokus der Stelle wird das Aufzeigen und Einfordern von Lösungen sein, wie die Begrenzung des Flächenverbrauchs auf „0“ zum Schutz des Bodens als wertvolle Lebensgrundlage und dem Erhalt grüner, klimaangepasster, naturschutzgerechter und lebenswerter Städte und Gemeinden erreicht werden kann. Es sollen Konzeptionen für eine ökologische Raum- und Siedlungsplanung sowie eine ökologisch und sozial tragfähige Wohnungs- und Baupolitik erarbeitet werden. Hierzu sollen Kooperationen mit Organisationen, die diese Ziele ebenfalls verfolgen, aufgebaut werden.

Aufgaben und Ziele sollen sein:

- Unterstützung der fachlichen Arbeit der Bundesarbeitskreise, insbesondere der TAG Wohnen und Umwelt und den Aktivitäten zur Senkung des Flächenverbrauchs.
- Vernetzung und Informationsvermittlung zwischen Bundesverband und den Landesverbänden,
- Mitwirkung an einschlägigen Verfahren zu Gesetzesänderungen auf Bundesebene (z. B. Raumordnung, Wohnen, Baugesetzbuch),
- Planung und Mitdurchführung von Aktivitäten wie Veranstaltungen oder Aktionen. Erstellung praktischer Handreichungen für BUND Gruppen vor Ort.
- Politische Kooperationen mit Bündnispartnern im Bereich Boden- und Flächenschutz (z.B. Bodenwende) sowie Wohnen (z.B. Mieterbund, Sozialverbände, soziale Bewegungen) und Stadtplanung (z.B. Architects for Future)

Dabei ist diese Arbeit eine inhaltliche Schnittstelle für die integrierte, interdisziplinäre Bearbeitung und Zusammenführung von Positionen und Expertisen des BUND in den Bereichen:

- Nachhaltige Flächen- und Raumnutzung
- Flächenkreislaufwirtschaft
- Transformative Stadt- und Regionalentwicklung (Quartiersplanung, Wohnungsbaupolitik, Schaffung von klimaneutralem und bezahlbarem Wohnraum bei Minderung des Flächenverbrauchs, Wohnstrukturen, gemeinschaftliches und gemeinnütziges Wohnen, Eigentumsformen, Mietrecht, nachhaltige Gewerbeflächen)
- Herstellen von Querbezügen in andere bestehende Fachpolitikbereiche (Gebäudemodernisierung, Erneuerbare Energie Gemeinschaften, Mobilität (Stadt und Land), Stadt-Naturschutz, Urbane Landwirtschaft, Klimaschutz/Anpassung)

Berlin, 6. November 2021